

Allgemeine Verkaufs- und Lieferbedingungen der Geo. Gleistein und Sohn GmbH
Stand April 2007

I. Allgemeines - Geltungsbereich

1. Diese Allgemeinen Verkaufs- und Lieferbedingungen (nachfolgend AVL genannt) sind Bestandteil aller Angebote und Verträge über Lieferungen und Leistungen der Geo. Gleistein und Sohn GmbH (nachfolgend Verkäufer genannt) mit deren Kunden (nachfolgend Käufer genannt) in laufender und künftiger Geschäftsverbindung. Spätestens mit der Entgegennahme der Ware oder Leistung gelten diese AVL als angenommen.
2. Die AVL gelten nur gegenüber Unternehmern im Sinne des § 14 Abs. 1 BGB.
3. Soweit nach den AVL schriftliche Erklärungen oder schriftliche Bestätigungen des Verkäufers erforderlich sind, gilt die Schriftform auch als gewahrt, wenn die Erklärungen oder Bestätigungen per E-Mail, als pdf-Datei oder per Telefax abgegeben sind.
4. Abweichenden Bedingungen wird widersprochen; diese sind nur dann verbindlich, wenn sie vom Verkäufer schriftlich bestätigt sind.

II. Angebot - Vertragsschluss

1. Die Angebote des Verkäufers sind freibleibend, soweit durch den Verkäufer nichts anderes schriftlich erklärt wird.
2. Lieferverträge kommen erst nach schriftlicher Auftragsbestätigung durch den Verkäufer zustande.
3. Der Lieferumfang richtet sich nach der schriftlichen Bestätigung des Verkäufers. Die in Prospekten und Katalogen enthaltenen Angaben wie Abbildungen, Zeichnungen, Gewichts- und Maßangaben sind branchenübliche Näherungswerte, soweit sie durch den Verkäufer nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet werden.

III. Preise

1. Die Preise verstehen sich „brutto für netto“ ausschließlich Nebenkosten für Verpackung, Fracht, Porto, Zoll und Versicherung zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer, sofern nicht etwas anderes schriftlich vereinbart wurde.
2. Kostensteigerungen, die der Verkäufer nicht zu vertreten hat (insbesondere allgemeine Erhöhungen von Arbeits- und/oder Materialkosten), berechtigen ihn zu einer angemessenen Preiserhöhung, wenn die Lieferung mindestens 4 Wochen nach Vertragsschluss oder später erfolgen soll sowie bei Dauerschuldverhältnissen.

IV. Zahlungsbedingungen

1. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist der Kaufpreis ohne Abzug innerhalb von 10 Kalendertagen ab Rechnungsdatum zur Zahlung fällig. Der Abzug von Skonto bedarf besonderer schriftlicher Vereinbarung.
2. Für die Berechnung sind die vom Verkäufer festgestellten Abgangsgewichte oder Längenangaben maßgebend.
3. Wechselzahlungen sind nur nach besonderer schriftlicher Vereinbarung zulässig. Schecks und Wechsel werden nur erfüllungshalber - unter Berechnung aller entstehenden Kosten - vom Verkäufer angenommen.
4. Soweit dem Verkäufer nach Abschluss des Vertrages Umstände bekannt werden, die den Anspruch des Verkäufers auf die Gegenleistung wegen mangelnder Leistungsfähigkeit des Käufers gefährden, kann er die ihm obliegende Leistung verweigern und ist berechtigt, die gesamte Restschuld fällig zu stellen.
5. Bei Zahlungsverzug, Scheck- oder Wechselprotest ist der Verkäufer berechtigt, weitere Lieferungen nur gegen Vorkasse auszuführen, alle offen stehenden Rechnungsbeträge sofort fällig zu stellen und gegen Rückgabe aller erfüllungshalber hereingenommener Wechsel und Schecks Barzahlung oder Sicherheitsleistung zu verlangen. Im Übrigen gelten bei Zahlungsverzug die gesetzlichen Vorschriften (§§ 286 ff. BGB).
6. Aufrechnungsrechte stehen dem Käufer nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Verkäufer anerkannt sind. Außerdem ist der Käufer zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechtes nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

V. Lieferung

1. Lieferfristen und -termine sind stets unverbindlich und vorbehaltlich richtiger sowie rechtzeitiger Selbstbelieferung, es sei denn, dass der Verkäufer die Nichteinhaltung zu vertreten hat.
2. Wird ein angegebener Liefertermin um mehr als 4 Wochen überschritten, so ist der Käufer erst dann zur Geltendmachung der ihm zustehenden Rechte berechtigt, wenn er dem Verkäufer schriftlich eine Nachfrist von mindestens 7 Kalendertagen eingeräumt hat.
3. Teillieferungen sind in zumutbarem Umfang zulässig und abzunehmen.
4. Liefer- und Leistungsverzögerungen aufgrund höherer Gewalt und von Ereignissen, die die Lieferung wesentlich erschweren oder unmöglich machen, - hierzu gehören insbesondere Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung, Naturereignisse, behördliche oder gesetzliche Anordnungen oder Störung der Verkehrswege, auch wenn sie bei Lieferanten des Verkäufers eintreten - hat der Verkäufer auch bei verbindlich zugesagten Fristen oder Terminen nicht zu vertreten. Sie berechtigen den Verkäufer, die Lieferung bzw. Leistung um die Dauer der Behinderung zuzüglich einer angemessenen Anlaufzeit hinaus zu schieben.
5. Beginn und Ende einer derartigen Behinderung teilt der Verkäufer dem Käufer unverzüglich mit. Der Käufer ist verpflichtet, auf Verlangen des Verkäufers innerhalb einer angemessenen Frist zu erklären, ob er wegen der Verzögerung vom Vertrag zurücktritt und/oder Schadenersatz verlangt oder auf Lieferung besteht. Auf Verlangen des Käufers hat auch der Verkäufer unverzüglich zu erklären, ob er zurücktreten oder nach Ablauf der Behinderung liefern will. Erklärt sich der Verkäufer nicht unverzüglich, so kann der Käufer zurücktreten. Für Schadenersatzansprüche gilt Punkt VIII. der AVL.
6. Der Verkäufer haftet hinsichtlich der Liefer- und Leistungsverzögerungen nur für eigenes Verschulden und das seiner Erfüllungsgehilfen, nicht jedoch für das seiner Vorlieferanten.
7. Bei Nichteinhaltung der nach Ziffer 2. gesetzten Nachfrist kann der Käufer vom Vertrag zurücktreten oder Schadenersatz verlangen. Der Schadenersatzanspruch beschränkt sich auf den Ersatz nachgewiesener Mehrkosten (Deckungskauf). Darüber hinaus gehende Schadenersatzansprüche sind ausgeschlossen, soweit sie nicht auf grobem Verschulden beruhen. Schadenersatz wegen Nichterfüllung infolge leichter oder normaler Fahrlässigkeit leistet der Verkäufer nicht. Für grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz haftet der Verkäufer gegenüber Kaufleuten nur, wenn das Verschulden von gesetzlichen Vertretungsberechtigten oder leitenden Angestellten des Verkäufers ausgeht oder sonstige Erfüllungsgehilfen des Verkäufers Haupt- oder Kardinalspflichten verletzt haben. Die Haftung beschränkt sich in diesem Fall auf Schäden, die im Zeitpunkt des Vertragsschlusses voraussehbar waren.

VI. Gefahrübergang - Verpackung - Versand

1. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart wird, geht die Gefahr auf den Käufer über, wenn die Waren das Werk des Verkäufers verlassen (Lieferklausel „ex works“). Dies gilt auch dann, wenn sich der Verkäufer zur Übernahme der Transportkosten verpflichtet hat.
2. Verpackung und Versand erfolgt nach Wahl des Verkäufers. Die Haftung für Transportbeschädigung ist ausgeschlossen.

VII. Beschaffenheit - Gewährleistung - Mängelrüge - Haftung

1. Qualitätsbezeichnungen richten sich nach deutschen (DIN) bzw. europäischen (EN) Normvorschriften. Außereuropäischen Normvorschriften bedürfen zu ihrer Geltung der schriftlichen Vereinbarung. Sind deutsche oder europäische Normvorschriften nicht vorhanden, ist für die Lieferung die am Erfüllungsort branchenübliche Vorgehensweise maßgeblich.
2. Klimabedingte Gewichtsänderungen, Abweichungen in der Farbe und in der Reinheit, die in der Natur des Rohstoffes liegen, berechtigen den Käufer nicht zur Mängelrüge, Abnahmeverweigerung oder der Ausübung von Mängelansprüchen.
3. Zur Wahrung von Mängelansprüchen hat der Käufer die Lieferung unverzüglich nach Eintreffen auf Menge, vertragsgemäße Beschaffenheit und zugesicherte Eigenschaften zu untersuchen. Bei beiderseitigen Handelsgeschäften unter Kaufleuten bleibt § 377 HGB unberührt.
4. Bei berechtigter Mängelrüge ist der Verkäufer zur Nachbesserung oder Ersatzlieferung - im kaufmännischen Geschäftsverkehr nach eigener Wahl - verpflichtet. Schlägt die Nachbesserung auch nach dem 2. Versuch fehl, kann der Käufer vom Vertrag zurücktreten.

5. Für das Fehlen zugesicherten Eigenschaften haftet der Verkäufer nur insoweit, als die Zusicherung den Zweck verfolgt, den Käufer gerade gegen die eingetretenen Folgeschäden aus dem Nichtvorhandensein der Eigenschaften abzusichern. Allein durch die Bezugnahme auf DIN oder EN-Normen wird deren Inhalt nicht zugesicherte Eigenschaft.
6. Ist der Käufer Kaufmann, so verjähren Mängelansprüche in 12 Monaten ab Gefahrübergang. Dies gilt nicht, soweit das Gesetz gemäß § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), § 479 Abs. 1 BGB (Rückgriffsanspruch) und § 634 a Abs. 1 Nr. 2 BGB (Baumängel) längere Fristen vorschreibt.
7. Für Schadenersatzansprüche gilt Ziffer VIII. der AVL.

VIII. Haftungsbegrenzung - Schadenersatz

1. Schadenersatzansprüche des Käufers, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und unerlaubter Handlung sind ausgeschlossen, soweit nicht nachfolgend anderweitig geregelt. Das gilt insbesondere auch für Folgeschäden und Aufwendungsersatzansprüche des Käufers.
2. Bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist die Haftung des Verkäufers auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt.
3. Die Regelungen zu Ziffer 1. und 2. gelten nicht bei zwingender Haftung, z.B. nach dem Produkthaftungsgesetz, bei grobem Verschulden, wegen Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit. Auch ist damit keine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Käufers verbunden.
4. Die in den Ziffern 1. bis 3. getroffenen Regelungen gelten für den Käufer entsprechend.

IX. Eigentumsvorbehalt

1. Der Verkäufer behält sich das Eigentum an der gelieferten Ware (Vorbehaltsware) bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises vor. Bei Waren, die der Käufer im Rahmen einer laufenden Geschäftsbeziehung vom Verkäufer bezieht, behält sich der Verkäufer das Eigentum vor, bis seine sämtlichen Forderungen gegen den Käufer aus der Geschäftsverbindung, einschließlich der künftig entstehenden Forderungen, auch aus gleichzeitig oder später geschlossenen Verträgen, beglichen sind. Dies gilt auch dann, wenn einzelne oder sämtliche Forderungen des Verkäufers in eine laufende Rechnung aufgenommen wurden und der Saldo anerkannt ist. Bei Zahlungsverzug des Käufers ist der Verkäufer zur Rücknahme der Ware nach Mahnung berechtigt und der Käufer zur Herausgabe verpflichtet.
2. Wird die Vorbehaltsware zu einer neuen beweglichen Sache verarbeitet, so erfolgt die Verarbeitung für den Verkäufer, ohne dass dieser hieraus verpflichtet wird; die neue Sache wird Eigentum des Verkäufers. Bei Verarbeitung der Vorbehaltsware zusammen mit nicht dem Verkäufer gehörender Ware erwirbt der Verkäufer Miteigentum an der neuen Sache nach dem Verhältnis des Rechnungswertes der Vorbehaltsware zu der anderen Ware zur Zeit der Verarbeitung. Wird die Vorbehaltsware mit nicht dem Verkäufer gehörender Ware gemäß §§ 947, 948 BGB verbunden, vermischt oder vermengt, so wird der Verkäufer Miteigentümer entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen. Erwirbt der Käufer durch Verbindung, Vermischung oder Vermengung Alleineigentum, so überträgt er schon jetzt dem Verkäufer Miteigentum nach dem Verhältnis des Rechnungswertes der Vorbehaltsware zu der anderen Ware zur Zeit der Verbindung, Vermischung oder Vermengung. Der Käufer hat in diesen Fällen die im Eigentum oder Miteigentum des Verkäufers stehende Sache, die ebenfalls als Vorbehaltsware im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt, unentgeltlich zu verwahren.
3. Wird die Vorbehaltsware allein oder zusammen mit nicht dem Verkäufer gehörender Ware veräußert, so tritt der Käufer an den Verkäufer schon jetzt die aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen in Höhe des Rechnungswertes der Vorbehaltsware mit allen Nebenrechten ab; der Verkäufer nimmt die Abtretung an. Steht die weiterveräußerte Vorbehaltsware im Miteigentum des Verkäufers, so erstreckt sich die Abtretung der Forderungen auf den Betrag, der dem Anteilswert des Verkäufers an dem Miteigentum entspricht.
4. Wird die Vorbehaltsware vom Käufer als wesentlicher Bestandteil in ein Grundstück, Schiff, Schiffsbauwerk oder Luftfahrzeug eines Dritten eingebaut, so tritt der Käufer an den Verkäufer schon jetzt die gegen den Dritten oder den, den es angeht, entstehenden Forderungen auf Vergütung in Höhe des Rechnungswertes der Vorbehaltsware mit allen Nebenrechten einschließlich eines solchen auf Einräumung einer Sicherungshypothek, ab; der Verkäufer nimmt die Abtretung an. Ziffer 3. Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend.
5. Wird die Vorbehaltsware vom Käufer als wesentlicher Bestandteil in ein Grundstück, Schiff, Schiffsbauwerk oder Luftfahrzeug des Käufers eingebaut, so tritt der Käufer an den Verkäufer schon jetzt die aus einer Veräußerung des Grundstücks, von Grundstücksrechten, des Schiffes, des Schiffsbauwerkes oder des Luftfahrzeuges entstehenden Forderungen in Höhe des Rechnungswertes der Vorbehaltsware mit allen Nebenrechten und mit Rang vor dem Rest ab; der Verkäufer nimmt die Abtretung an. Ziffer 3. Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend.
6. Der Käufer ist zur Weiterveräußerung, zur Verwendung oder zum Einbau der Vorbehaltsware nur im ordnungsgemäßen Geschäftsgang und nur mit der Maßgabe berechtigt und ermächtigt, dass die Forderungen im Sinne von Ziffer 3. bis 5. auf den Verkäufer tatsächlich übergehen. Zu anderen Verfügungen über die Vorbehaltsware, insbesondere Verpfändung oder Sicherungsübereignung derselben, ist der Käufer nicht berechtigt.
7. Der Verkäufer ermächtigt den Käufer unter Vorbehalt des Widerrufs zur Einziehung der gemäß Ziffern 3. bis 5. abgetretenen Forderungen. Der Verkäufer wird von der eigenen Einziehungsbefugnis keinen Gebrauch machen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Auf Verlangen hat der Käufer unverzüglich die Schuldner der abgetretenen Forderungen mit Namen und Anschrift zu benennen, die zum Einzug dieser Forderung notwendigen Informationen (wie z.B. Forderungsgrund und Forderungshöhe) abzugeben und den Schuldner der abgetretenen Forderungen die Abtretung anzuzeigen; der Verkäufer ist ermächtigt, den Schuldnern die Abtretung auch selbst anzuzeigen.
8. Über Zwangsvollstreckungsmaßnahmen Dritter in die Vorbehaltsware oder in die abgetretenen Forderungen hat der Käufer den Verkäufer unverzüglich unter Übergabe der für den Widerspruch notwendigen Unterlagen zu unterrichten.
9. Mit Zahlungseinstellung und/oder Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Käufers erlöschen das Recht zur Weiterveräußerung, zur Verwendung oder Einbau der Vorbehaltsware und die Ermächtigung zum Einzug der abgetretenen Forderungen; bei einem Scheck- oder Wechselprotest erlischt die Einzugsermächtigung ebenfalls. Dies gilt nicht für die Rechte des Insolvenzverwalters.
10. Übersteigt der Wert der eingeräumten Sicherheiten die Forderungen (ggfs. vermindert um An- und Teilzahlungen) um mehr als 20 %, so ist der Verkäufer insoweit zur Rückübertragung oder Freigabe nach seiner Wahl verpflichtet. Mit Tilgung aller Forderungen des Verkäufers aus der Geschäftsverbindung gehen das Eigentum der Vorbehaltsware und die abgetretenen Forderungen auf den Käufer über.

X. Erfüllungsort - Gerichtsstand - Anwendbares Recht

1. Erfüllungsort und Gerichtsstand für Lieferungen und Zahlungen (einschließlich Scheck- und Wechselklagen) sowie sämtliche sich zwischen den Vertragsparteien ergebenden Streitigkeiten ist, soweit der Käufer Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, der Hauptsitz des Verkäufers (Bremen). Der Verkäufer ist jedoch berechtigt, den Käufer auch an seinem Sitz zu verklagen.
2. Die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien regeln sich ausschließlich nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht (insbesondere nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches - BGB - und denen des Handelsgesetzbuches - HGB). Die Geltung des UN-Kaufrechtes ist ausgeschlossen.

XI. Schlussbestimmungen

Sollte eine oder mehrere Bestimmungen der AVL gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen, oder aus anderen Gründen unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der ungültigen Bestimmung soll dann das als vereinbart gelten, was unter Berücksichtigung der verbleibenden wirksamen Bestimmungen dem wirtschaftlichen Interesse und dem mutmaßlichen Willen der Vertragsparteien am ehesten entsprochen hätte. Gleiches gilt für das Vorliegen einer Vertragslücke.

Die Allgemeinen Verkaufs- und Lieferbedingungen der Geo. Gleistein und Sohn GmbH - nachfolgend AVL genannt - sind in deutscher Sprache verfasst. Die nachfolgende englische Übersetzung der AVL ist dementsprechend nicht verbindlich. Die Übersetzung der AVL ist vielmehr als Serviceleistung des Verkäufers gegenüber dem Käufer zu verstehen. Der Verkäufer übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der Übersetzung der AVL in die englische Sprache.

General Terms of Sale and Delivery of Geo. Gleistein und Sohn GmbH
Status April 2007

These General Terms of Sale and Delivery of Geo. Gleistein und Sohn GmbH - hereinafter referred to as GTSD - were drawn up in German. Consequently, the subsequent English translation of the GTSD is not binding. The translation of the GTSD should be regarded as a service on the part of the Seller for the Buyer. The Seller does not assume any guarantee for the English translation of the GTSD.

I. General Remarks - Area of Validity

1. These General Terms of Sale and Delivery (hereinafter referred to as GTSD) form an integral part of all quotations and contracts relating to deliveries and services of Geo. Gleistein und Sohn GmbH (hereinafter referred to as Seller) and their clients (hereinafter referred to as Buyer) in the course of current and future business. The GTSD are considered to have been accepted at the latest when the merchandise or service has been accepted.
2. The GTSD are only valid vis-à-vis entrepreneurs in the meaning of § 14 Section 1 BGB (*German Civil Code*).
3. In so far as the GTSD require written declarations or written confirmations on the part of the Seller, then the written form requirement is considered to have been fulfilled if the declarations or confirmations are sent by E-mail, as a pdf file or by telefax.
4. Deviating conditions are herewith rejected. They are only binding if they have been confirmed in writing by the Seller.

II. Quotation - Conclusion of a Contract

1. The Seller's quotations are not binding other than an alternative has been stipulated in writing by the Seller.
2. Delivery agreements only become effective after written confirmation by the Seller.
3. The extent of the delivery depends on the Seller's written confirmation. Details in leaflets and catalogues, e.g. illustrations, drawings, weights and dimensions, are approximate values in line with trade practise if they have not been explicitly defined as binding by the Seller.

III. Prices

1. The prices are "gross for net", excluding incidental expenses for packaging, freight, postage, customs and insurance, plus the value-added-tax applicable at the given time, other than alternative stipulations have been agreed in writing.
2. Cost increases that do not have to be justified by the Seller (especially a general increase of work and/or material costs) will be charged at a commensurate price increase when the delivery is effected, or at least 4 weeks after the contract was concluded or later, and in the event of a permanent debt situation.

IV. Terms of payment

1. If not stipulated otherwise in the order confirmation, the purchase price is payable without any deductions within 10 calendar days of the invoice date. Discount deductions must be agreed in writing.
2. The outgoing weight and length details specified by the Seller are definitive for invoicing.
3. Payments by bills of exchange are only permissible after a special written agreement to this effect. Cheques and bills of exchange are only accepted by the Seller on account of performance and incurred costs will be charged.
4. If, after a contract has been concluded, the Seller becomes aware of circumstances that could endanger the Seller's entitlement to counter performance due to the Buyer's lack of performance, then the Seller shall be entitled to refuse its performance obligation and will be entitled to demand payment of the entire remaining debts.
5. In the event of default in payment or a cheque or bill of exchange objection, then the Seller shall only be entitled to effect further deliveries against advance payment, demand that all outstanding invoice amounts are immediately paid and demand cash payment or the provision of security against the return of bills of exchange and cheques that had been accepted on account of performance. Otherwise default of payment is subject to the corresponding legal regulations (§§ 286 ff. BGB) (*German Civil Code*).
6. The Buyer is only entitled to set-off rights if the Buyer's counter-claims have been declared binding, are undisputed or have been recognized by the Seller. Furthermore, the Buyer is only entitled to exercise a set-off right if the Buyer's counter claim is based on the same contractual relationship.

V. Delivery

1. Delivery times and dates are always non-binding and subject to the Seller having been correctly supplied on time, other than the Seller has to justify non-compliance.
2. If a stipulated delivery date is exceeded by more than 4 weeks, then the Buyer is entitled to assert its rights after having granted the Seller in writing a grace period of at least 7 calendar days.
3. Partial deliveries within a reasonable extent are permissible and have to be accepted.
4. Delivery and performance delays on account of force majeure, and events that significantly impede a delivery or make it impossible - this includes operational disruptions, strikes, lock-outs, natural occurrences, official directives, legal requirements, transport disruptions, also when they arise with the Seller's suppliers - do not have to be justified by the Seller, even with binding delivery times and dates. Such circumstances entitle the Seller to postpone the delivery or performance by the duration of the hindrance, plus a commensurate start-up period.
5. The Seller must immediately notify the Buyer at the beginning and end of such a hindrance. At the request of the Seller the Buyer shall be obliged to declare, within a reasonable period, whether or not, on account of the delay, it wishes to withdraw from the contract and/or demand compensation or insist upon delivery.
6. At the request of the Buyer the Seller must immediately declare whether it wishes to withdraw from the contract or effect the delivery after expiry of the hindrance. If the Seller does not immediately give a corresponding declaration, then the Buyer can withdraw. Compensation claims are subject to VIII. of GTSD.
7. The Seller is only liable for delivery and performance delays if the Seller or its vicarious agents are at default, but not for the default of its subsidiary suppliers. Failure to observe the set grace period in conformity with Ciper 2 entitles the Buyer to withdraw from the contract or demand compensation. Compensation is limited to the recovery of the proven additional costs (replacement purchase). Further going compensation claims are herewith excluded other than they are not the result of serious default. The Seller is not liable for compensation on account of slight or normal negligence. In the event of gross negligence or intent, the Seller is only liable vis-à-vis merchants if the default is attributable to legal representatives, executive personnel of the Seller or other vicarious agents who have infringed principal or cardinal duties. In this case liability is limited to the extent of the damage that would have been foreseeable at the time the contract was concluded.

VI. Passing of Risk - Packaging - Dispatch

1. If not stipulated otherwise in writing, then the risk passes to the Buyer when the merchandise leaves the Seller's works ("ex works" delivery clause). This also applies if the Seller undertakes to bear the transport costs.
2. The Seller selects the packaging and manner of dispatch. Liability for transport damage is herewith excluded.

VII. State - Warranty - Notice of Defect - Liability

1. Quality designations depend on German (DIN) and European (EN) standards. Non-European standards are only applicable if they have been agreed in writing. If there are no German or European standards, then the customary procedure at the place of performance is applicable to the delivery.
2. Climate-based weight changes, as well as colour and purity deviations, that are within the nature of the raw material do not entitle the Buyer to file a notice of defect, refuse acceptance or assert defect-based claims.
3. To uphold defect-based claims the Buyer is obliged to immediately examine the delivery upon arrival for quantity, contractual condition and assured properties. § 377 (*Commercial Code*) remains unaffected with mutual transactions among merchants.
4. In the event of a justified defect-based complaint the Seller shall be entitled to rectify the fault or effect a substitute delivery, as decided by the Seller within commercial business transactions. The Buyer is entitled to withdraw from the contract if rectification fails after the second attempt.
5. In the event that assured properties are lacking, the Seller is only liable to the extent that the purpose of the given assurance is to protect the Buyer from arising consequential damage resulting from the lack of the assured properties. Reference to the contents of a DIN or EN standard does not represent an assured property.

6. If the Buyer is a merchant, then defect-based claims expire 12 months after the passing of risk. This does not apply if longer periods are stipulated by law in conformity with § 438 Section 1 No. 2 BGB (buildings and objects for buildings), § 479 Section 1 BGB (recourse claim) and § 634 a Section 1 No. 2 BGB (building defects).
7. Ciphers VIII. of GTSD is applicable to compensation claims.

VIII. Liability limitation - Compensation

1. Other than subsequently stipulated otherwise, compensation claims of the Buyer are herewith excluded, irrespective of the legal reason; this applies especially in the event of the infringement of duties resulting from the obligation and an impermissible action. Moreover, this also applies especially to consequential damage and expenditure compensation claims of the Buyer.
2. In the event of an infringement of an essential contractual obligation, the Seller's liability is limited to the contract-typical foreseeable damage.
3. The stipulations in Ciphers 1. and 2. are not applicable in the event of mandatory liability, e.g. according to the Product Liability Law, in the event of gross infringement and injury to life, body and health. Nor is this associated with a change of the burden of proof to the disadvantage of the Buyer.
4. Ciphers 1. to 3. of the effected regulations apply to the Buyer accordingly.

IX. Reservation of title

1. The Buyer retains the ownership to the delivered merchandise (reserved merchandise) until the purchase price has been fully paid. For merchandise procured by the Buyer from the Seller within the framework of current business relations, the Seller retains ownership until all demands against the Buyer arising out of the business relations, including demands arising in future, also as a result of concurrent contracts or contracts concluded in the future, have been settled. This also applies if individual or all demands of the Seller have been entered in a current invoice and the balance has been accepted. In the event that the Buyer is in default of payment, and after a corresponding reminder, the Seller shall be entitled to take back the merchandise, and the Buyer is obliged to return the merchandise.
2. If the reserved merchandise is processed into a new movable object, then processing will be completed on behalf of the Seller without incurring any obligations for the Seller. The new object then becomes the property of the Seller. If the reserved merchandise is processed with other merchandise that does not belong to the Seller, then the Seller acquires co-ownership to the new object in the same ratio as the invoiced value for the reserved merchandise is in relation to the other merchandise at the time of processing. If the reserved merchandise is incorporated or mixed with merchandise that does not belong to the Seller according to §§ 947, 948 BGB (German Civil Code), then the Seller becomes co-owner in conformity with the corresponding legal stipulations. If the Buyer gains sole ownership as a result of incorporation or mixing, then the Buyer herewith transfers already now co-ownership to the Seller in the same ratio as the invoiced value of the reserved merchandise is in relation to the other merchandise at the time of incorporation or mixing. In such an event the Buyer shall be obliged to store, free of charge, the object that is owned or co-owned by the Seller and which is considered to be reserved merchandise in the sense of the above stipulations.
3. When the reserved merchandise is sold on its own or together with merchandise that does not belong to the Seller, then the Buyer herewith transfers already now the Seller's claims that resulted from the resale in the same ratio as the invoiced amount for the reserved merchandise, together with all the associated ancillary rights. If the resold reserved merchandise is co-owned by the Seller, then the assigned claims include the amount that represents the Seller's proportional value of co-ownership.
4. If the Buyer incorporates the reserved merchandise as a significant part of property, a ship, marine structure or aircraft of a third party, then the Buyer herewith transfers already now to the Seller the Buyer's remuneration demands against third parties or other concerned, to the same amount as the invoiced value for the reserved merchandise, together with all the associated ancillary rights, including the rights that cover a mortgage; the Seller herewith accepts the assignment. Ciphers 3, sentence 2 and sentence 3 apply accordingly.
5. If the Buyer incorporates the reserved merchandise as a significant part of a property, ship, marine structure or aircraft of the Buyer, then the Buyer herewith transfers already now to the Seller the demands resulting from the sale of the property, property rights, the ship, the marine structure or aircraft, to the same extent as the invoiced value for the reserved merchandise, together with all the associated ancillary rights, and with priority over the remainder; the Seller herewith accepts the assignment. Ciphers 3, sentence 2 and sentence 3 apply accordingly.
6. The Buyer is only entitled and authorised to resell, use or incorporate the reserved merchandise by way of an orderly business transaction under the condition that the demands in the meaning of Ciphers 3. to 5. are actually transferred to the Seller. The Buyer is not entitled to dispose of the reserved merchandise in any other manner, particularly not by seizure or transfer by way of security.
7. Subject to revocation, the Seller authorizes the Buyer to collect the demands assigned in conformity with Ciphers 3. to 5. The Seller will not assert its own right of collection as long as the Buyer fulfils its payment obligations. Following a corresponding request the Buyer must immediately reveal the debtors of the assigned demands by name and address, as well as the necessary information to collect these demands (e.g. reason for the demands and demanded amount), and to indicate the assignment to the debtor of the assigned demands; the Seller is entitled to indicate the assignment to the debtor.
8. The Buyer must immediately notify the Seller of third-party judicial enforcement measures relating to the reserved merchandise or assigned demands and hand over all the documents that are necessary for opposition.
9. The right to resell, use or incorporate the reserved merchandise, and the authorisation to collect assigned demands, expires with cessation of payment and/or opening of insolvency proceedings for the Buyer's assets; the collection authorisation also expires in the event of cheque or bill of exchange protest. This does not apply to the rights of the insolvency administrator.
10. In the event that the value of the granted securities exceeds the demands by more than 20% (possibly diminished by partial or down payments), then the Seller is obliged to reassignment or release, depending on the Seller's choice. The ownership of the reserved merchandise and the assigned demands are transferred to the Buyer with the redemption of all the Seller's demands arising out of the business relationship.

X. Place of Performance and Jurisdiction - Applicable Law

1. Place of performance and jurisdiction for deliveries and payments (including legal action relating to cheques and bills of exchange), as well as for all disputes arising between the contractual parties, is the principal domicile of the Seller (Bremen) in so far as the Buyer is a merchant, a legal person under public law or represents special funds under public law. The Seller, however, is entitled to file a law suit against the Buyer at the Buyer's domicile.
2. The relations between the contractual parties are governed exclusively by the law applicable in the Federal Republic of Germany (especially the stipulations of the German Civil Code [BGB] and the German Commercial Code [HGB]). The application of the UN Sales Convention is herewith excluded.

XI. Concluding Provisions

In the event that one or more provisions of the GTSD infringe legal stipulations or are or become ineffective for other reasons, then this shall not affect the validity of the remaining provisions. The invalid provision is then to be replaced by one which, under consideration of the remaining valid provisions, corresponds closest with the economic interests and presumed requirements of the contractual parties. The same applies in the event of a contractual loophole.